SSW

im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Schleswig-Holsteinischer Landtag Düsternbrooker Weg 70 D - 24105 Kiel Tel. (0431) 988 13 80

Fax (0431) 988 13 82

SSW-Landtagsvertretung Norderstr. 74 D – 24939 Flensburg Tel. (0461) 14 40 83 00 Fax (0461) 14 40 83 05

PRESSEINFORMATION

Anke Spoorendonk

Kiel, den 2.04.2003 Es gilt das gesprochene Wort

"Es ist völlig indiskutabel, dass Nationen sich das Recht herausnehmen, als Weltpolizisten dort präventiv militärisch zu intervenieren, wo sie ihre politischen oder ökonomischen Interessen bedroht sehen.

Allein die Vereinten Nationen haben die moralische Legitimation, um über Krieg und Frieden zu entscheiden."

TOP 19 Gegen den Krieg im Irak (Drs. 15/2571)

Was rechtfertigt eigentlich, was wir jetzt tagtäglich an Elend, Tod und Zerstörung in den Medien sehen? Saddam Hussein ist fraglos ein Diktator, der die Iraker und ihre Menschenrechte mit Füßen tritt. Unbestritten ist auch, dass er lange die Weltgemeinschaft vorgeführt hat. Das verurteilen wir auf das schärfste, aber das allein ist kein Grund für einen Krieg. Es ist auch nicht gerechtfertigt, den Irakkrieg als weiteres Kapitel der amerikanischen Fortsetzungsgeschichte "War on Terror" zu führen. Bisher konnten keine schlüssigen Belege für eine Verbindung zwischen dem Irak und islamistischen Terrororganisationen erbracht werden. Und die UN-Waffenkontrolleure haben auch keine Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen gefunden. Es gibt keine Belege dafür, dass die Amerikaner in den USA durch den Irak bedroht sind. Keine Frage, der Diktator muss entwaffnet und sein Volk von ihm befreit werden. Die Argumentation und die "Beweise" der USA und ihrer Verbündeten haben uns aber nicht von der Notwendigkeit und dem Sinn eines Krieges überzeugen können. Es geht hier um einen reinen Präventivkrieg, der bestenfalls von einer abstrakten Gefährdung der Welt durch den Irak ausgeht. Vorbeugende Kriege entbehren aber jeglicher moralischer und



rechtlicher Legitimation. Als politische Vertreter der dänischen Minderheit bedauern wir deshalb sehr, dass eine knappe Mehrheit im dänischen Parlament dieses anders sieht und sich an den Kriegshandlungen beteiligt.

Eigentlich ist es nicht einmal entscheidend, ob es darum geht, die irakische Bevölkerung von ihrem Tyrannen zu befreien, oder ob es doch eher um die vorbeugende Vernichtung einer terroristischen Gefahr oder um die Sicherung der Energieversorgung der größten Industrienation geht: Es ist völlig indiskutabel, dass eine oder mehrere Nationen sich das Recht herausnehmen, als "Weltpolizisten" dort präventiv militärisch zu intervenieren, wo sie ihre politischen oder ökonomischen Interessen bedroht sehen. Dieses Recht gebührt allein der UNO.

Der Krieg gegen den Irak ist ein Schlag ins Gesicht der Vereinten Nationen. Obwohl entscheidende Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sehr deutlich gemacht haben, dass sie den Krieg nicht wollen, führt George W. Bush den Feldzug durch - mit Berufung auf einen Beschluss des selben Sicherheitsrats. Es ist katastrophal, dass so die UNO zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer humanitären Hilfsorganisation herabgewürdigt wird. Allein die Vereinten Nationen haben die moralische Legitimation, um über Krieg und Frieden zu entscheiden.

Deshalb können die Menschen in aller Welt gar nicht laut genug sagen: Wir lehnen eine Weltordnung ab, in der die Regierung der USA nach eigenem Gusto die Welt in Gut und Böse einteilt, und sich das Recht nimmt, "böse" Länder in die Steinzeit zurückzubomben. Und wir
sind zutiefst erschüttert, wenn der Präsident der USA sich dabei sogar noch auf eine "göttliche Mission" beruft. Kreuzzügler haben schon in vergangenen Jahrhunderten Tod und Verderben über die Menschen gebracht. Heute bedrohen Politiker mit einem solchen Sendungsbewusstsein und einem modernen Waffenarsenal den Frieden der gesamten Menschheit. Mit
ihren Drohungen gegen Syrien und den Iran machen die USA aber leider deutlich, dass der
Irak nicht das letzte Kapitel ist. Die Folge: radikalislamistische Führer – und jetzt auch Saddam Hussein – finden Resonanz, wenn sie zum heiligen Krieg aufrufen. Niemand kann abse-



hen, wohin uns ein Konflikt der Kulturen führen wird. Er bringt aber mit Sicherheit nichts Gutes, und deshalb muss diese Streitaxt so schnell wie möglich wieder begraben werden.

Die Aussichten dafür stehen aber schlecht. Die Koalition hat den Irak angegriffen, ohne zu erklären, wie sie die irakische Gesellschaft wieder aufbauen möchte. Die unerwartet geringe Unterstützung für die Invasoren durch die irakische Zivilbevölkerung verdeutlicht, dass die Iraker - jenseits des Hasses gegen den Despoten Saddam Hussein - auch eine große Skepsis gegenüber den Zielen Amerikas hegen. Der Verbleib US-amerikanischer Streitkräfte im Irak würde dem radikalen Islamismus großen Zulauf bescheren und den israelisch-palästinensischen Konflikt anheizen. Deshalb können und dürfen nur die Vereinten Nationen die Verantwortung für die Friedenssicherung und einen stabilen politischen Wiederaufbau im Irak übernehmen.

Das hat Tony Blair immerhin noch erkannt. George W. Bush hat bisher aber keine Antwort darauf gegeben, wie und durch wen der Irak mit seinen vielfältigen religiösen und ethnischen Gruppierungen zu einem friedlichen Zusammenleben finden soll. Nach dem Krieg muss der Irak eine demokratische Staatsform bekommen, die von der Bevölkerung bestimmt wird. Der neue Staat muss allen im Irak ansässigen Volksgruppen und Minderheiten politische, soziale und kulturelle Rechte garantieren. Dabei können nur die Vereinten Nationen die tragende Rolle spielen.

Bisher scheint die UNO aus Sicht der Amerikaner aber hauptsächlich die Rolle eines Welt-Wohlfahrtsverbandes zu spielen. Es ist ein Hohn für die Weltorganisation, wenn die US-Regierung jetzt die Vereinten Nationen auffordert, humanitäre Hilfe zu finanzieren. Erst umgeht George W. Bush die UNO, um unbedingt seinen Krieg führen zu können, und nachher reicht er die größten Quittungen bei Kofi Annan ein. Das geht nicht. Die USA und ihre Verbündeten müssen die volle finanzielle Verantwortung dafür übernehmen, das wieder auf zu bauen, was sie jetzt zerstören.



Die Kriegskoalition hat mit ihrem eigenmächtigen Vorgehen die UNO zu Boden geschlagen, und wir müssen darum bangen, ob sie unbeschadet wieder auf die Beine kommt. Das gilt ebenso für die NATO und die Europäische Union. Die EU steht jetzt da wie eine heillos zerstrittene Wohngemeinschaft, die nur aus finanziellen Gründen nicht auseinander ziehen kann. Wir brauchen aber ein starkes Europa, das der Bush-Regierung klarmacht: Wir wollen keine Weltordnung, in der "Big Brother" die Bedingungen von Krieg und Frieden diktiert. Gerade im Scheitern einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wird deutlich, dass wir sie dringender brauchen denn je. Der Irak-Krieg hat bisher auf allen Ebenen nur Zerstörung gebracht. Die europäischen Länder müssen sich jetzt schnell darauf verständigen, wie ein stabiler Neuanfang aussehen muss - im Irak, in der UNO, in der NATO und in der EU.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag kann darauf leider nur begrenzten Einfluss nehmen. Eines können wir aber alle: denjenigen Schutz und Zuflucht geben, die vor Krieg, Zerstörung und Verfolgung aus ihrer Heimat flüchten müssen. Hier kommt eine große Aufgabe auf uns zu, und wir appellieren an die Schleswig-Holsteiner, ihre Empörung über den Krieg und ihr Mitgefühl mit den Menschen im Irak auch durch Spenden und durch Gastfreundschaft auszudrücken. Es gibt jetzt sehr viele Menschen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Die Landesregierung und der Landtag werden ihren Teil der Verantwortung dafür übernehmen.

Und nun ein Wort zu den beiden vorliegenden Anträgen: Wir hätten uns sehr gewünscht, dass die beiden Anträge in einen zusammengeführt worden wären. Aber der Versuch ist leider gescheitert. Da die Anträge nur alternativ abgestimmt werden können, werden die SSW-Abgeordneten dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zustimmen. Das tun wir zum einen, weil nur dieser die Aufforderung enthält, die Flüchtlinge aus dem Irak gut zu empfangen. Das tun wir aber auch zum anderen, weil die FDP in ihrem Antrag behauptet, dass die Uneinigkeit der Europäer eine Ursache für den Krieg ist. Unser Eindruck ist ein ganz anderer: George W. Bush hat diesen Krieg um jeden Preis gewollt und hätte sich auch durch eine starke europäische Stimme nicht davon abhalten lassen – egal, was sie gesagt hätte.